

Hamburger Programm

Gespräch mit Erhard Eppler

Die Zeit ist reif

Das öffentliche Gespräch mit dem ehemaligen Bundesminister und Vordenker sozialdemokratischer Programmatik fand im Rahmen der Reihe »Forum Soziale Demokratie« am 26. September 2007 in der FES Berlin statt.

Thomas Meyer: Erhard, du hast gesagt, eigentlich sei die Zeit jetzt gar nicht reif für die Formulierung eines neuen sozialdemokratischen Grundsatzprogramms. Man müsse auf eine bessere Situation warten, um für die vor uns liegenden



Joachim Liebe

zwei Jahrzehnte das zu Papier zu bringen, was die Substanz der Sozialen Demokratie in Zeiten der Globalisierung ausmacht. Der Text liegt nun vor. Fühlst du dich durch ihn in deiner Diagnose wiederlegt oder bestätigt?

Erhard Eppler: Ich habe ja diese Haltung, die ich von Willy Brandt gelernt hatte, schon vor etwa 2, 3 Jahren revidiert. Wir haben in den letzten 15 Jahren so etwas wie eine marktradikale Welle erlebt, die über alle Kontinente hinweggegangen ist und auch Deutschland erfasst hat. Und diese war noch vor 5 Jahren so stark, dass ich mich vor die Alternative gestellt sah, wenn ein neues Programm zustande kommen sollte, dass es sich entweder daran so anpassen müsste, dass nachher nicht mehr viel Sozialdemokratisches übrig bliebe, oder aber, dass es eine solche sozialdemokratische Gegenposition aufbauen müsste, der man vorgeworfen hätte, sie sei weit weg von der Wirklichkeit. Und in diese Falle wollte ich meine Partei nicht hineinlaufen lassen.

Wenn ich heute anderer Meinung bin, und zwar ehe dieser Entwurf vorlag, dann deshalb, weil die Globalisierung, vor allem die der Kapitalmärkte, die durch die marktradikale Welle beschleunigt und befördert wurde, mittlerweile wahrscheinlich irreversibel geworden ist. Aber auf der anderen Seite hat sich diese Welle gebrochen und ebbt wohl langsam ab. In dieser Situation sehe ich nun eine Chance für die SPD, weil ich mir keine andere Partei vorstellen kann, die diese Aufgabe übernehmen könnte. Die Union kann sie nicht übernehmen, weil es in ihren eigenen Reihen viele Marktradikale gibt. Und die Linke ist in der Globalisierung noch gar nicht angekommen, kramt immer noch in den Rezeptkästen der 70er Jahre und stellt dann fest, dass das, was damals ging, doch heute auch gehen müsste. Mein Maßstab für das neue Programm ist: Kann es eine Alternative zum Markt-

radikalismus in einer globalisierten Welt aufzeigen? Mit dem vorgestellten Entwurf kann ich sehr gut leben.

Meyer: Blicken wir auf die Programmgeschichte der Nachkriegszeit zurück: Was waren denn die generativen Ideen, was machte die »Seele« des jeweiligen Grundsatzprogramms aus? Das Godesberger Programm besiegelte doch das Selbstverständnis der SPD, eine grundwerteorientierte Reformpartei in der rechtsstaatlichen Demokratie zu sein. Alles, was das Programm bietet, kreist um dieses Zentrum. Das Berliner Programm sollte wohl die Schnittmenge zwischen Arbeiterbewegung und den Neuen Sozialen Bewegungen markieren und ein Bündnis zwischen ihnen ermöglichen. Worin liegt die generative Idee, die Seele des Hamburger Programms?

Eppler: Die SPD hat im Gegensatz zu den konservativen und liberalen Parteien immer von der Spannung zwischen Realität und Programm gelebt. Ich glaube, die SPD war immer stark, wenn diese Spannung stark war und schwach, wenn sie schwach war. Beim Berliner Programm war mein Gedanke: So stellen wir die Spannung wieder her. Das ist völlig misslungen. Und zwar aus einem ganz eigentümlichen Grund: Oskar Lafontaine war geschäftsführender Vorsitzender der Programmkommission. Ich dachte: Das ist ja wunderbar, der hat ja auch Sinn für die Ökologie und ähnliche Dinge. Dann stellte ich nach den ersten zwei Sitzungen fest, dass den das Programm überhaupt nicht interessierte. In den Kommissionen wurden immerzu Papiere produziert und der einzige, der sie nicht las, war der geschäftsführende Vorsitzende. Er war wohl der Meinung, er sei selbst das Programm. Als dann das Programm im Dezember 1989 in Berlin vorgestellt wurde, hat Oskar Lafontaine eine eineinhalbstündige Rede gehalten, in der dieses Programm mit keinem Wort erwähnt wurde, geschweige denn zitiert.

Der Versuch, durch das Berliner Programm diese Spannung zwischen Programm und Praxis wiederherzustellen, ist, wie mir scheint, aus ziemlich persönlichen Gründen misslungen. Ich möchte daher gerne, dass das neue Programm diese Spannung wiederherstellt, dass man zum Beispiel auch in einer Gemeinderatsfraktion den Text als diskussionswürdigen Leitfaden mal zur Hand nimmt.

Meyer: Was ist nun eigentlich das Neue am Hamburger Programm? Worin besteht die »Seele«? Was hat sich gegenüber dem Berliner Programm verändert?

Eppler: Die Globalisierung gibt es nach wie vor. Sie ist aber im wahrsten Sinne des Wortes »global« geworden, umfasst nun auch den früheren Ostblock, China, Indien usw. Dadurch hat sich der Handlungsspielraum des Nationalstaats reduziert. Global agierendes Kapital, das in Thailand, Peru aber auch in Brandenburg investiert werden kann, sitzt gegenüber dem Nationalstaat immer am längeren Hebel. Wir haben z.B. in den letzten 10, 15 Jahren einen Wettbewerb der Nationalstaaten um die niedrigsten Unternehmenssteuern erlebt, um Investitionen anzulocken oder zumindest nicht abzuschrecken. Und kein Finanzminister kann sich aus diesem Wettbewerb einfach ausklinken, weil er ansonsten steigende Arbeitslosenzahlen in seinem Land in Kauf nähme. Das ist in der Tat neu.

Neu ist auch der Zerfall von Staaten. In Afrika haben wir idealtypische Beispiele: Somalia oder etwa der Kongo. Dort entstaatlicht, privatisiert und kommerzialisiert sich die Gewalt in einer Weise, dass sie letztlich von sogenannten *Warlords* ausgeübt wird, also mehr oder minder kriminellen Unternehmern und gleichzeitig Kommandeuren von Söldnern. Die Frage nach dem staatlichen Gewaltmonopol stellt sich insgesamt neu. Der neoliberalen Marktstaat reduziert den Bürger, den *Citoyen*, zum Kunden, d.h. als Kunde hat er immer mehr *opportunities*, immer

mehr günstige Gelegenheiten zu kaufen, wenn er Geld hat. Als *Citoyen* hat er dann eigentlich nichts mehr zu sagen. Wie wird man z.B. über Renten diskutieren, wenn sich jeder bei irgendeiner Versicherung versichern kann, oder auch nicht, und der Staat sich darum nicht mehr kümmert. Wie soll man über Sicherheit diskutieren, wenn sie sich jeder kaufen kann, oder auch nicht, aber der Staat nicht mehr zuständig ist. D.h., hier ist ein Modell, das in der letzten Konsequenz die Politik zwar nicht verbietet, aber sie gegenstandslos macht, und den Staatsbürger auf seine Rolle als Kunden reduziert.

Darauf gibt das neue Programm nun die richtigen Antworten. Zum Beispiel mit der Formulierung, dass der Staat zuständig ist für das, was nicht zur Ware werden darf. Bildung z.B. ist ein Menschenrecht, dem zu dienen der Staat die Pflicht hat, aber sie ist keine Ware, die der eine kaufen kann und der andere nicht. Sicherheit ist eine Bringschuld des Staates, als Ausgleich für sein Gewaltmonopol, und keine Ware, die man kaufen kann, oder auch nicht. Und das gleiche gilt für die soziale Sicherung, die Aufgabe eines Staates ist, der sich in Artikel 1 für die Würde des Menschen zuständig erklärt.

Meyer: Du hast gesagt, Globalisierung ist ein Faktum, vermutlich ein bleibendes. Da kann man wahrscheinlich vieles gestalten, aber die Marktglobalisierung selber ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Nun gab es ja die Debatte, ob man unter diesen Bedingungen überhaupt noch eine Politik der Sozialen Demokratie machen kann oder nicht. Wir sehen, es gibt Länder in Europa, die unter denselben Bedingungen der Globalisierung, denen wir auch unterliegen, eine sehr erfolgreiche Politik der Sozialen Demokratie machen, insbesondere die skandinavischen. Da stimmen die Ergebnisse; Ungleichheiten halten sich in Grenzen – viel mehr Gleichheit der Einkommen, der

Lebenschancen als hier –, Bildungschancen sind viel weniger familienabhängig als in Deutschland. Es gibt also Länder, die zeigen, wie auch unter Globalisierungsbedingungen eine erfolgreiche Politik der Sozialen Demokratie aussehen kann. Nun hat das Programm, ohne dass das dort gesagt wird, versucht, in dem Sozialstaatskapitel *Vorsorgender Sozialstaat* sehr viel vom skandinavischen Modell zu lernen. Da stehen Dinge drin wie: Sozialleistungen müssen sehr viel mehr auf den Bürgerstatus und nicht auf Versicherungsverhältnisse bezogen sein. Die Finanzierung des Sozialstaates muss von der Konjunktur der Wirtschaft unabhängig gemacht werden durch Steuer- statt Beitragsfinanzierung. Der Hauptfokus dieses Vorsorgenden Sozialstaats liegt auf der Bildung, die im frühesten Lebensalter beginnt, später in Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, ein ganzes Leben lang als Angebot erhalten bleibt. Ist das jetzt, was als »Vorsorgender Sozialstaat« formuliert ist, aus deiner Sicht ein für die nächsten zwei Jahrzehnte gültiges Kernstück sozialdemokratischer Politik und Identität? Ist der Begriff glücklich gewählt? Es gab auch Kritik. Einige sehen darin eine Art Liberalisierung, die SPD wolle sich aus der Nachsorge herausstellen. Und es stellt sich auch die Frage der Kommunizierbarkeit dieser Inhalte. Wie stehst du dazu?

Eppler: Ich glaube, dass der Gedanke des Vorsorgenden Sozialstaates im Kern richtig ist. Natürlich kann er die Nachsorge nicht dem Zufall überlassen. Aber je mehr der Vorsorgende Sozialstaat funktioniert, der aktivierende Sozialstaat, der den Menschen immer wieder eine neue Chance für ihr Leben, für ihr Arbeitsleben, für ihre eigene Lebensgestaltung gibt, desto mehr wird der nachsorgende entlastet. Das halte ich für außerordentlich wichtig. Wenn es heute eine Klassengesellschaft gibt, dann ist das nicht mehr die Arbeiterklasse auf der einen Seite und die Groß- oder die Kleinbourgeoisie auf der ande-

ren. Wir haben so etwas wie eine Unterschicht von Menschen bekommen, für die *Hartz IV* erblich wird. Am Ende versuchen die Menschen dann gar nicht mehr, dort herauszukommen. Das nennt man dann »Prekariat«. Ein Sozialstaat kann sich aber damit nicht abfinden, dass es ganze Schichten gibt, die sich daran gewöhnen, von minimalen Sozialleistungen zu leben und sich in dieser Lage einrichten. Nötig ist vielmehr ein Sozialstaat, der Menschen fördert und fordert, der ihnen immer wieder eine Chance gibt, aber auch einen Antrieb.

Meyer: Nun haben Programme ja unterschiedliche Funktionen: nach innen vor allem die, Mitglieder zu orientieren, zu motivieren und Konsens zu stiften. Nach außen haben sie die Funktion, die Identität einer Partei zu markieren, das, was sie unterscheidet von anderen deutlich zu machen, also auch eine Abgrenzungsfunktion. Das Programm ist ein differenzierter Text, und das in einer erfreulichen Kürze. Hat das Programm jetzt in dieser immer noch ausgebauten Differenziertheit eine klare Abgrenzungsfunktion gegenüber der LINKSPARTEI auf der einen Seite und gegenüber der CDU auf der anderen, die ja, wieder einmal, eine soziale Sprache spricht, weil sie sieht, dass die Wähler eher dort zu finden sind?

Eppler: Ich habe mit großer Aufmerksamkeit die 91 Seiten des CDU-Entwurfs genau gelesen. Als intellektuelle Leistung ist das alles ganz beachtlich. Aber welche Politik ergibt sich daraus? Ich habe den Eindruck: Fast jede beliebige, natürlich demokratische Politik lässt sich mit diesem Programm begründen. Eine weitgehend sozialdemokratische lässt sich zum Beispiel aus der Darstellung der Grundwerte und dem Verhältnis der Grundwerte zueinander ableiten, aber es lässt sich auch eine marktradikale Politik aus jenem Programm begründen, man muss sich dann nur eben wieder auf andere Kapitel beziehen. D.h., das ist das Pro-

gramm einer Volkspartei, die sich nicht festlegt, in Anlehnung an den lutherischen Grundsatz: Hier stehe ich, ich kann auch anders, der Wähler helfe mir. Mit dem neuen SPD-Programm hingegen kann man nicht jede beliebige Politik machen. Das ist ein Wegweiser, an den kann man sich halten oder auch nicht. Ich glaube also, dass dieses Programm stärker identitätsstiftend sein wird für die SPD, als das CDU-Programm für die CDU. Dort werden es die verschiedenen Flügel unterschiedlich interpretieren. Das SPD-Programm ist m.E. so nahe an der Realität, dass es auch in die Diskussion um praktische Fragen eingehen kann. Ich könnte mir auch vorstellen, dass es bis in die Kommunalparlamente hineinwirkt und einerseits wieder Verbindung schafft, aber auch wieder die Spannung aufbaut zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll.

Meyer: Bei der öffentlichen Debatte über Programme spielen Begriffe eine große Rolle. Es gab im Vorfeld eine Auseinandersetzung darüber, was die Leitbegriffe des Programms sein sollten, v.a. im Bereich »Soziale Demokratie« vs. »demokratischer Sozialismus«. Nun steht in diesem Entwurf der »demokratische Sozialismus« als dicke Zwischenüberschrift wieder drin. Willy Brandt hatte in den letzten Jahren, als er an diesen Debatten noch teilnahm, gesagt, er könnte darauf verzichten, die soziale Demokratie reiche ihm aus. Ist »demokratischer Sozialismus« ein notwendiger Begriff zur Vermittlung des Programms? Und insbesondere – hilft er in der Auseinandersetzung mit der LINKSPARTEI?

Eppler: Willy Brandt war der Meinung, »soziale Demokratie« und »demokratischer Sozialismus« seien dasselbe und er hat die Begriffe alternativ gebraucht, ohne zu differenzieren. Und ich stehe in dieser Tradition. Ich glaube, das hat vor allem mit Emotionen zu tun. Wenn ein Mensch sich ein Leben lang für den demokratischen Sozialismus eingesetzt hat,

dann sollte man ihm diesen Begriff nicht wegnehmen. Und wenn ein anderer der Meinung ist, ich bin sozialer Demokrat, sollte man ihm das auch lassen. Deshalb lautet die Formel im neuen Programm auch in etwa so: Die Grundsätze des demokratischen Sozialismus, nämlich die drei Grundwerte, die sich stützen und ergänzen, führen als Ziel zur sozialen Demokratie. Das ist eine kluge Lösung.

Meyer: Du hast darauf hingewiesen, dass der Prozess der Erarbeitung ebenso wichtig sein werde wie das fertige Programm, das daraus entsteht. Da spielte die Vorstellung eine Rolle, dass die Diskussion innerhalb der Partei und diejenige zwischen der Partei und der Gesellschaft das Wesentliche ist, weil dadurch der Programminhalt in der Gesellschaft und der Partei lebendig sein werde. Das überwiegend mediale Schweigen über diese Programmdebatte erklärt die szenekundige Berliner Journalistin Tissy Bruns in ihrem neuen klugen Buch (*Republik der Wichtigtuere*) damit, dass ein solches Programm nur wirklich wird in seiner Verkörperung durch den Parteivorsitzenden oder jener, die zu seiner Realisierung die Fähigkeit und die Macht hätten. Das Programm als Text bleibe eher etwas Virtuelles, bis die Leitfiguren die Umsetzungsverantwortung übernehmen; erst in diesem Augenblick entstünde sozusagen das Programm als öffentliches Ereignis. Ist das aus deiner Sicht eine richtige Beobachtung oder welches sind die Gründe, dass das Programm in seinen Inhalten in den Massenmedien eigentlich so gut wie gar nicht vorgekommen ist?

Eppler: Ich habe seit dessen Verabschiedung ganz selten einen Journalisten getroffen, der das Berliner Programm wirklich gelesen hatte. Das gilt auch für Journalisten aus der ersten Reihe. Ich muss hinzufügen, wir sind daran auch selbst schuld. Denn warum sollte ein Journalist ein Programm lesen, welches von der eigenen Führung verschwiegen wird? Beim

Godesberger Programm war es so, dass es einige Leute gab, die sich dazu bekannten, nicht so sehr der Vorsitzende Ollenhauer, aber z.B. Fritz Erler, Herbert Wehner, Adolf Arndt und später dann Willy Brandt ab Anfang der 60er Jahre. Das war beim Berliner Programm offenkundig nicht so. Das hat durchaus auch mit den veränderten Sitten in der Politik zu tun. Ich nenne das Stichwort: Profilierung. Natürlich profiliert sich ein Politiker nicht, wenn er das eigene Grundsatzprogramm zitiert. Er profiliert sich, wenn er sich darüber mokiert. »Sozialdemokrat spottet über sein Programm« ist eine Nachricht und »Sozialdemokrat zitiert sein Programm« ist keine. Das ist einer der Gründe, warum heute ein Grundsatzprogramm nicht mehr dieselbe Durchschlagskraft hat wie noch vor fünfzig Jahren. Ich hoffe, dass das bei dem neuen Hamburger Programm besser sein wird.

Teilnehmerin: Herr Eppler, wie steht das neue Programm zur Idee des bedingungslosen Grundeinkommens als Grundrecht für jeden Bürger?

Eppler: Das bedingungslose Grundeinkommen halte ich weder für realisierbar, noch für wünschenswert. Wenn es wahr ist, dass wir heute eine große Gruppe von Menschen haben, die sich daran gewöhnt hat, von Sozialeinkommen zu leben und darüber hinaus nichts mehr zu tun, dann bin ich dagegen, das Thema Einkommen einfach abzukoppeln von dem Thema Arbeit. Arbeit und Einkommen müssen in einer Relation zueinander stehen. Deshalb bin ich auch für den Mindestlohn. Aber zu sagen: Du kriegst genug, ob du was tust oder nicht, das wird für diejeni-



Joachim Liebe

»Mein Maßstab für das neue Programm ist: Kann es eine Alternative zum Marktradikalismus in einer globalisierten Welt aufzeigen?«

gen, die dann wirklich arbeiten, eine furchtbar teure Sache, und für diejenigen, die nicht arbeiten, ist es eine Versuchung, mit der sie nicht glücklich werden. Ich möchte erst gar nicht die Finanzierung ansprechen. Aber ich glaube, es wäre kein Fortschritt für diese Gesellschaft.

Teilnehmer: Sie haben das Spannungsverhältnis zwischen Wirklichkeit und Programm im Entwurf dargestellt, und dann für mich überraschend den Niedergang der Staatlichkeit fast überdeutlich aufgezeichnet. Mir scheint, dass das Problem des Staates darin liegt, dass die Sozialdemokraten ihm immer viel mehr zugetraut haben als er leisten konnte.

Eppler: Ich gehe an das Thema Staat anders heran. Ich war mal sechs Jahre für die deutsche Entwicklungspolitik verantwortlich und seither beobachte ich sehr genau, was in den Entwicklungsländern

vor sich geht. Wenn etwa in Afrika ein Staat nicht mehr in der Lage ist, bestimmte Mindestaufgaben zu erfüllen, also z.B. in jedes Dorf einen Lehrer zu schicken, oder Richter zu stellen, die nicht bestechlich sind, oder einen Wochenmarkt zu beschützen, dann zerfällt er und das Gewaltchaos beginnt. Dann sagen die Leute: Das kann der *Warlord* auch. Wenn aber der Staat zerfällt, und das ist die Lehre, die wir aus verschiedenen Ecken dieser Erde heute gezogen haben, werden die Menschen nicht frei, sondern sie werden vogelfrei. Und das gilt ganz besonders für Frauen und Kinder. Und von daher frage ich mich zuerst einmal: Was sind die Mindestaufgaben eines Staates? Was muss er leisten, um als Staat bestehen bleiben zu können? Wenn z.B. eine Stadt aus Finanznot ihre Stadtwerke veräußert, dann haben die Bürgerinnen und Bürger keinerlei Einfluss mehr auf die Energiepolitik, z.B. auf die Entscheidung zwischen erneuerbaren Energien oder Atomenergie. In dem Maße, wie wir staatliche Aufgaben dem Markt überlassen, wird der *Citoyen* machtlos. Und wenn die Kommunalpolitik immer mehr ihres Gegenstandes beraubt wird, führt das natürlich auch ans Ende kommunaler Demokratie. Man kann den Staat in einer Demokratie gar nicht abbauen, ohne die Demokratie gleich mit abzubauen. Und von daher frage ich mich: Was heißt überfordern? Skandinavien hat eine viel höhere Steuerquote als wir, d.h. der Staat verlangt von seinen Bürgern viel mehr. Die Marktradikalen waren immer der Auffassung, das bremsen das Wirtschaftswachstum. Das stimmt überhaupt nicht! Es ist sogar besser, Sozialsysteme über Steuern zu finanzieren als über Sozialabgaben, wie wir das seit Bismarck in Deutschland kennen. In der Zeit, als ich Minister war, lag die staatliche Steuerquote bei etwa 23 %. Sie ist inzwischen heruntergegangen auf etwas über 20 %. Diese drei Prozent fehlen an allen Ecken

und Enden. Ich würde dem Staat sehr wohl Grenzen setzen. Aber eben nicht nach dem Motto: Steuern runter, was immer dann auch passiert. Das wäre die marktradikale Denkweise.

Meyer: Im Programm steht sinngemäß: Privatisierungen ehemals öffentlich geleisteter Aufgaben sind möglich, aber nur, wenn dabei die öffentlichen Güter, für die der Staat gerade stehen muss, nicht infrage gestellt werden. Könnte es sein, dass wir jetzt einen Parteitag erleben, bei dem an demselben Tag, an dem das neue Grundsatzprogramm verabschiedet wird, mit der Frage: Bahnprivatisierung – ja oder nein? auch der erste Anwendungsfall eintritt?

Eppler: Ich könnte mir das vorstellen. Seit beinahe fünfzig Jahren bin ich ein fast leidenschaftlicher Bahnfahrer, und ich glaube nicht, dass die Bahn besser wird, wenn man sie den Regeln des *Shareholder Value* unterwirft. Sie hat schon jetzt einige Probleme unter einer Leitung, die vor allem auf eine gute Bilanz setzt. Auf vielen Strecken bei uns müssen auch Intercity-Züge langsam fahren, nur weil die Gleise nicht in Ordnung sind. Ich glaube auch, dass alles, was direkt oder indirekt mit dem staatlichen Gewaltmonopol zu tun hat, nicht privatisierbar ist. Gefängnisse z.B., denn wer sein Geld in Gefängnisaktien angelegt hat, ist an der Auslastung der Gefängnisse interessiert, die Öffentlichkeit ist aber am Gegenteil interessiert. Daneben sollte man künftig nicht nur überlegen, was Privatisierung für die kommunalen oder die privaten Haushalte an Vorteilen und Nachteilen bringt, sondern auch, inwieweit die kommunale Demokratie dadurch ausgehöhlt wird. Letztlich kandidiert z.B. niemand mehr für den Gemeinderat, weil das, was dort noch zu entscheiden ist, den Aufwand nicht lohnt. Kommunale Demokratie ist für mich die Basis unserer Demokratie und darf nicht gegenstandslos werden.